

GR. Harry POGNER

17.03.2011

A N F R A G E

Betr.: Betriebswasserleitung – Reininghaus Gründe

Die Zahlen über unser Wasser sind schon sehr beeindruckend und ich habe sie in meinem Antrag vom Juli 2007 bereits angeführt und nachdem jetzt wieder „Bewegung“ in die Entwicklung der Reininghaus Gründe kommt, möchte ich nochmals meinen Antrag aus dem Jahre 2007 – diesmal als Anfrage – an den Bürgermeister einbringen.

Drei Viertel der Erdoberfläche sind mit Wasser bedeckt. Die gesamte Wassermenge beträgt etwa 1,4 Milliarden Kubikkilometer. Davon sind 92,2 % Salzwasser, das Eis der Pole und Gebirge enthält weitere 2,2 %. Das Süßwasser der Flüsse, der Seen und des Grundwassers der Kontinente macht nur 0,6 % der gesamten auf der Erde vorhanden Wassermenge aus. Bei einem erwachsenen Menschen beträgt der tägliche Wasser-Bedarf etwa 35 g je kg Körpergewicht.

Der durchschnittliche tägliche Trinkwasserverbrauch liegt bei ungefähr 125 Litern pro Person, wobei ein Drittel dieses Tagesbedarfs alleine für die Toilettenspülung gebraucht wird und nur ca. vier Prozent zum Trinken und Kochen.

Schon diese Zahlen belegen, wie kostbar unser Trinkwasser ist und wie wenig sorgsam wir damit umgehen.

Eine Möglichkeit diese Ressource besser zu nutzen, ist die Schaffung von getrennten Wassersystemen.

Im kommunalen Bereich ist bisher keine vom Trinkwasser getrennte Betriebswasserversorgung vorgesehen. Eine zunehmende Zahl von Privathaushalten nimmt allerdings entsprechende Installationen aus eigener Initiative vor. Heute ist es sinnvoll, bei der Neu-Errichtung oder Modernisierung von Häusern oder ganzen Stadtteilen über eine Betriebswasserversorgung nachzudenken.

Das Petruswerk plant gerade die Erschließung des neuen Stadtteiles (Reininghaus Gründe). Im Sinne eines sorgsamen Umgangs mit unserem Trinkwasser, dem sich daraus ergebenden verstärkten Umweltbewusstsein und nicht zuletzt auch wegen der kommunalen Vorbildwirkung, wäre eine Erschließung dieses neuen Stadtteiles mit einer Betriebswasserleitung wünschenswert.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher an dich sehr geehrter Herr Bürgermeister die

Anfrage,

ob du bei den Verantwortlichen des Petruswerkes, beim Erschließen des Areals der „Reininghaus Gründe“ die Errichtung eines zweiten, getrennten Wassersystems (Betriebswasser), einfordern wirst?

GR Mag. Mario KOWALD

17.03.2011

A N F R A G E

Betr.: Orientierung und Mobilität für Menschen mit Sehbehinderung und Blindheit im Rathaus bzw. Amtshaus

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wir leben in einer Stadt der Menschenwürde und Menschenrechte, in der seit langer Zeit vieles unternommen wird, um das Leben von Menschen mit Behinderung angenehmer zu gestalten. Aus diesem Grund stellten wir schon vor langer Zeit den Antrag, die Orientierung und Mobilität im Rathaus und Amtshaus für Menschen mit Sehbehinderung, Blindheit und anderen Beeinträchtigungen zu verbessern. Die Zahl an Neuerblindungen ist zum Glück rückläufig, aber die Anzahl an älteren Menschen, die immer weniger sehen oder blind werden, ist auch wegen der hohen Lebenserwartung steigend. Wir brauchen daher ein einfaches System, mit dem unsere Kunden und Parteien sämtliche Beratungsstellen und die wichtigsten Räumlichkeiten unseres Rat- und Amtshauses leichter finden.

Wir führten sehr viele Gespräche und stellten mit Fachleuten und Spezialisten Überlegungen an, darüber hinaus wurden auch Arbeitskreise abgehalten. Die vorläufigen Ergebnisse klangen vielversprechend. Die speziellen Türschilder, Informationsstände und Orientierungshilfen sind jedoch für das heurige Jahr budgetiert und eine fixe Sache.

Vor kurzer Zeit wurde mir ein Zeitungsartikel vorgelesen, nachdem Frau Stadträtin Dr. Martina Schröck ein System von Jugend am Werk zum Auffinden Ihres Büros einführen wird. Mir war sofort klar, dass Frau Stadträtin Dr. Schröck offensichtlich von den bislang getätigten Bemühungen nichts wusste.

Die Thematik ist nicht einfach. Wir brauchen **ein** System, das für alle Sehbehinderten und Blinden eine Hilfe ist, unabhängig vom Alter und von der Ausbildung. In diesem Zusammenhang ist „Weniger gleich Mehr!“ und das System von Jugend am Werk ist nicht geeignet für Menschen mit Blindheit, die keine Pläne ertasten können, keine räumliche Vorstellungskraft haben oder etwas ungeschickt sind.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e

Bist Du bereit, Deine Kollegin in der Stadtregierung, Frau Stadträtin Mag. Dr. Martina Schröck, über die bisher erzielten Ergebnisse sowie die Implementierung eines einheitlichen Systems zur Orientierung und Mobilität von Menschen mit Sehbehinderung, Blindheit und anderen Beeinträchtigungen im Rat- und Amtshaus zu informieren?

GR. Gerda GESEK

17.03.2011

A N F R A G E

Betr: Kombiticket

Das Bad Eggenberg hat nunmehr den Badebetrieb aufgenommen und stehen 180 badeigne Abstellplätze für Autos am Areal den Badbenützer/innen zur Verfügung. Laut Prognosen sind in Zukunft täglich 4.000 Besucher/innen zu erwarten. Das damit verbundene tägliche Verkehrsaufkommen und die dazu notwendigen Parkplätze überfordern das derzeit vorhandene Parkraumangebot in den umliegenden Strassen des Bades Eggenberg erheblich.

Ich stelle daher an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e,

ob Du bereit bist, die Möglichkeiten einer kombinierten, vergünstigten Karte, sowohl für die Benützung des Bades Eggenberg als auch für die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel prüfen zu lassen, um somit das Verkehrsaufkommen in den umliegenden Strassen des Bades zu mindern, und dadurch allenfalls einen Anreiz für den Kauf z.B. einer Jahreskarte zu geben.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Klubobfrau Ina Bergmann

17. März 2011

Anfrage

Betrifft: Errichtung einer WC-Anlage am Nahverkehrsknoten Don Bosco

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

Bald nach Inbetriebnahme des Nahverkehrsknotens bzw. des Bahnhofes Don Bosco wurde die – meiner Meinung nach mehr als berechtigte - Kritik, dass kein WC vorhanden sei, von Fahrgästen an uns herangetragen. Damals haben wir die Anfrage an Sie gestellt, mit der Bitte an die ÖBB heranzutreten, diesen Missstand zu beheben. Bis heute gibt es allerdings keine WC-Anlage am Verkehrsknoten Don Bosco.

Die jüngsten Bestrebungen der ÖBB, alle WC's an kleineren Bahnhöfen zu schließen, lassen keine Hoffnung aufkommen, dass sich die Situation am Bahnhof Don Bosco von Seiten der ÖBB diesbezüglich ändern wird.

Da Don Bosco ein stark frequentierter Verkehrsknotenpunkt für Busse und Bahn ist, wäre die Installierung einer WC-Anlage mehr als angebracht, eventuell auch im Zusammenspiel zwischen ÖBB und Stadt Graz.

Daher stelle ich im Namen der KPÖ Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind sie bereit, sich für die Errichtung einer WC-Anlage am Verkehrsknoten Don Bosco einzusetzen und an die ÖBB heranzutreten, um über eine gemeinsame Lösung zu verhandeln?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

17. März 2011

Betr.: **Amselgasse – Adalbert Stiftergasse, Informationsveranstaltung**

ANFRAGE an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Über 150 Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung zwischen Amselgasse und Adalbert-Stifter-Gasse im Bezirk Gries haben eine Unterschriftenliste unterzeichnet, die sich für die Sicherung der Lebens- und Wohnqualität ausspricht. Diese Bewohnerinnen und Bewohner repräsentieren 104 von 125 Haushalten in diesem Gebiet, stellen also einen außerordentlich großen Anteil dar.

Konkret sprechen sie sich auch gegen gekuppelte bzw. geschlossene Verbauungen im Gartenbereich im Zuge einer sogenannten Nachverdichtung aus sowie gegen die Errichtung von Feuermauern direkt an der Grundstücksgrenze bei Bauten in der Gartenzone.

Vor allem aber drängen die Bewohnerinnen und Bewohner seit rund einem Jahr auf eine öffentliche Informationsveranstaltung. Diese wurde ihnen auch bereits mehrfach zugesichert, sie sollte bereits im Herbst 2010 stattfinden. Allerdings gibt es bis zum heutigen Tag noch keinen Termin dafür.

Grund dafür ist, dass offenbar ein Bebauungsplan für das gesamte Gebiet in Vorbereitung ist. Gleichzeitig ist aber bereits ein Bauvorhaben in Bau, für ein weiteres Vorhaben fand die Bauverhandlung im Dezember 2010 statt. Hier werden also bereits Fakten geschaffen, die präjudizierend für die weitere Vorgangsweise sind.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, möglichst rasch, also noch vor Beginn weiterer Baumaßnahmen, eine öffentliche Informationsveranstaltung für die Siedlung Amselgasse/Adalbert-Stifter-Gasse/Kapellenstraße abzuhalten? Sind Sie bereit, die derzeit gültige Bebauungsleitlinie den BewohnerInnen zugänglich zu machen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Gertrude Schloffer

17. März 2011

ANFRAGE

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betr.: Wartehäuschen bei Bushaltestelle „Gasthaus Heimkehrer“ in Andritz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 13. Dezember 2007 stellte ich folgende Anfrage an Sie: „Die GVB-Bushaltestelle „Gasthaus Heimkehrer“ der Linie 41 im Bezirk Andritz wird stadteinwärts vor allem von Schülern der umliegenden Siedlungen sehr stark in Anspruch genommen. Das Negative an dieser Haltestelle ist, wie auch noch bei vielen anderen, dass die Fahrgäste bei Regenwetter nicht im Trockenen stehen, weil es kein Wartehäuschen gibt. (...) Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, dass bei der GVB-Haltestelle „Gasthaus Heimkehrer“ ein Wartehäuschen errichtet wird?“. Die Antwort ließ auf sich warten.

Fast ein Jahr später, genau am 16. Oktober 2008, stellte ich deshalb die Anfrage mit dem Betreff „Beantwortung von Anfragen nach der Geschäftsordnung“ zu diesem Thema, da bis dato noch keine schriftliche Antwort vorlag.

Heute schreiben wir den 17. März 2011. Und bis heute bekam ich auf meine beiden Fragen keine Antwort. Wenn wenigstens die Fahrgäste in der Zwischenzeit einen Unterstand bei der genannten Bushaltestelle bekommen hätten, hätte ich mich zu diesem Thema natürlich nicht mehr gemeldet. In der Zwischenzeit heißen die Grazer Verkehrsbetriebe Graz Linien und haben ein neues Logo, Wartehäuschen gibt es dort aber noch immer keines – und auch ich habe keine Antwort bekommen.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs nunmehr zum dritten Mal zu diesem Thema folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, dass bei der Bushaltestelle der Graz Linien „Gasthaus Heimkehrer“ Linie 41 stadteinwärts ein Wartehäuschen errichtet wird?

Anfrage an Herrn Bürgermeister Mag. Nagl, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 17.03.2011 von Gemeinderätin Ingrid Benedik

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 17.03.2011

Betreff : **Eintrittspreise für Senioren im Bad Eggenberg**
Anfrage an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Vergleich zu einigen städtischen Bädern in anderen Landeshauptstädten, wie Wien, Linz, Salzburg liegen die Eintrittspreise in Graz am höchsten, so leider auch für Senioren.

Für schwimmfreudige Senioren mit niedriger Pension ist der Eintritt mehrmals im Monat nahezu unleistbar. Zumal nur Mindestpensionisten die Vergünstigung um € 1,- erhalten, also € 5,70 bezahlen müssen. Für alle anderen Senioren beträgt der Normalpreis für die Tageskarte € 6,70.

Wie wichtig aber Bewegung im Alter für die Gesundheit ist, zeigen uns verschiedene Studien. Bewegung im Wasser fördert nicht nur die Gesundheit, sondern stärkt die körperliche Leistungsfähigkeit und Beweglichkeit im Alter. Damit Schwimmen für jeden Senior in Graz leistbar wird, richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

Anfrage
gem. § 16 GO
der Landeshauptstadt Graz:

Sind Sie bereit, sich bei den verantwortlichen Personen des Bades Eggenberg dafür einzusetzen, dass die Eintrittspreise für alle Senioren drastisch gesenkt oder einen Tag in der Woche als Senientag gekennzeichnet wird, an dem die Senioren nur 50 % des regulären Eintrittspreises bezahlen müssen?

Anfrage an Herrn Bürgermeister Mag. Nagl, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 17.03.2011 von Gemeinderätin Ingrid Benedik

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 17.03.2011

Betreff : **Bad Eggenberg; Fehlende Kundenorientierung**
Anfrage an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Menschen, die gerne Stress und Hektik hinter sich lassen, die dem Alltagsstress entfliehen und abschalten wollen, besuchen oft eine Wellnessoase. Dafür bietet sich unser neues Bad Eggenberg geradezu an. Aber der Ärger bleibt nicht aus:

Der Tageseintritt – nicht gerade günstig – beträgt ganztägig € 18,--, die Hallenbadbenützung mit eingeschlossen.

Findet nun gerade eine Staatsmeisterschaft statt, ist das Hallenbad ohnehin für Wellnessgäste geschlossen. Bei anderen Bewerben ist mit eingeschränktem Badebetrieb zu rechnen. Glück hat also nur derjenige, der sich an seinem Wellnessstag mit keinem sportlichen Wettbewerb konfrontiert sieht. Zu zahlen sind aber jedenfalls € 18,--, ob ohne oder nur mit eingeschränkter Benützung des Hallenbades. Zwar bekommt der Wellnessgast eine Gutschrift, ein anderes Mal das Hallenbad benützen zu dürfen, wenn dieser Gast nur zwischen Wellnessbad und Hallenbad kombiniert, nützt diese Gutschrift allerdings wenig. Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage

gem. § 16 GO

der Landeshauptstadt Graz:

Sind Sie bereit, sich mit den zuständigen Damen und Herren in Verbindung zu setzen und hierbei anzuregen, die Preisgestaltung nochmals zu überdenken bzw. zu empfehlen, den Wellnessgästen an Tagen an denen das Hallenbad nicht benützt werden kann, den Eintrittspreis für das Hallenbad zurückzuerstatten.

**Gemeinderat
Mag. Harald Korschelt**

Anfrage an den Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom
17.03.2011 von Gemeinderat **Mag. Harald Korschelt**

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 17.03.2011

Betreff: Lärmmessungen Universitätsviertel
Anfrage an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In letzter Zeit wurden von Abteilungen des Magistrates Graz Lärmmessungen
im Universitätsviertel durchgeführt.

Ich stelle deshalb an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

**Anfrage
gem. § 16 GO
der Landeshauptstadt Graz:**

**Bist Du bereit, mit den zuständigen Stellen des Magistrates in Kontakt zu
treten und dem Gemeinderat sobald als möglich über die Ergebnisse zu
berichten und die sich daraus ergebenden Schritte einzuleiten?**

**Gemeinderat
Mag. Harald Korschelt**

Anfrage an den Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom
17.03.2011 von Gemeinderat **Mag. Harald Korschelt**

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 17.03.2011

Betreff: Lärmbekämpfung im Universitätsviertel
Anfrage an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Frühjahr kommt bestimmt und mit ihm die Lärmbelästigung. Vor allem aber kommt es durch letztere zu Gesundheitsbeeinträchtigungen der Bewohner des Universitätsviertels.

Im vergangenen Jahr haben in Deinem Büro verheißungsvolle Gespräche mit Abordnungen der geplagten Bürger begonnen. Leider, so scheint mir, ist dieser Gesprächsfaden nun abgerissen.

Zumal selbst Taxifahrer bekunden, dass zurzeit sehr selten Kontrollen durchgeführt werden und die „Aktion scharf“ sang und klanglos entschlafen ist.

Ich stelle deshalb an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**Anfrage
gem. § 16 GO
der Landeshauptstadt Graz:**

Bist Du bereit, diese Gespräche wieder zu intensivieren und persönlich oder über Dein Büro mit den Emissären der Bürger des Univiertels in allernächster Zukunft Kontakt aufzunehmen und konkrete Maßnahmen durchzuführen?

Anfrage an Herrn Bürgermeister Mag. Nagl, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 17.03.2011 von Gemeinderat Christoph Hötzl.

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 17.03.2011

Betreff: Entwicklung der Kommunalsteuer in Verbindung mit dem Beschäftigungsstand in Graz
Anfrage an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Um über die Entwicklung der Kommunalsteuer, die Höhe des Bruttogesamtbetrages, der an unselbstständige Erwerbstätige in Graz ausbezahlt wurde, und um indirekt über die Höhe des Beschäftigungsgrades in unserer Stadt Aufschlüsse und konkrete Zahlen zu erhalten, richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

Anfrage
gem. § 16 GO
der Landeshauptstadt Graz:

Wie hoch waren die städtischen Einnahmen aus der Kommunalsteuer in den Jahren 2008, 2009 und 2010?

**Gemeinderat
Ing. Roland Lohr**

Anfrage an den Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom
17.03.2011 von Gemeinderat **Ing. Roland Lohr**

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 17.03.2011

Betreff: Variobahnen Bürgerbeschwerden
Anfrage an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die neuen Variobahnen waren bereits vor ihrer Inbetriebnahme wiederholt Gegenstand unterschiedlichster medialer Berichterstattung. Auch der Stadtrechnungshof war zwischenzeitig beauftragt, den Ankauf der neuen Straßenbahnen in Verbindung mit den gleis- und straßenbaulichen Adaptierungsmaßnahmen auf Wirtschaftlichkeit zu überprüfen.

Nun hat sich aber hinsichtlich der Lärmentwicklung der neuen Straßenbahnen ein massiver Bürgerprotest formiert, der nicht ignoriert werden darf. Die massiv schädlichen Folgen permanenter Lärmbelastung auf die menschliche Physis und Psyche setze ich als bekannt voraus. Keinesfalls kann die im Vergleich zu den alten Straßenbahnen deutlich höhere Lärmbelästigung, verursacht durch die Vario-Donnerwalzen, als städtischer Umgebungslärm abgetan werden.

Die erwähnte Bürgerbewegung hat in ihrem Schreiben an alle Parteien, an den Stadtrechnungshof und an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, eine Reihe von Fragen formuliert, die, um auch jeden Anschein einer Ungereimtheit auszuräumen, einer sorgfältigen Beantwortung bedürfen.

Der Ordnung halber liegt gegenständliches Schreiben dieser Anfrage als Anlage bei.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**Anfrage
gem. § 16 GO
der Landeshauptstadt Graz:**

Sind Sie bereit, in der Angelegenheit Variobahnen eine öffentliche Informationsveranstaltung anzuberaumen, zu der neben den betroffenen Bürgern auch die zuständigen Mitarbeiter der Stadt Graz, Stadtrechnungshofdirektor Dr. Riegler, befugte Vertreter der Holding Graz sowie Vertreter sämtlicher Gemeinderatsparteien eingeladen werden?

Sind Sie ferner bereit, in diesem Rahmen sämtliche im Raum stehenden Fragen durch die zuständigen Personen beantworten zu lassen?

Anl. erw.

Variobahn

Fragen

An die Mitglieder des Gemeinderats der Stadt Graz

Graz, 2011-03-13

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats!

Die Variobahn erschüttert uns betroffene AnrainerInnen der Linien 4 und 5 nun seit rund einem Jahr im wahrsten Sinne des Wortes, unsere Gesundheit und Liegenschaften haben bereits Schaden genommen. Was in den Zeitungen als „Die Variobahn ist lauter“ beschrieben wird, bedeutet übersetzt massive und unzumutbare Erschütterungen (Körperschall) und erhöhten Luftschall. Von einem unabhängigen Technischen Büro wurden bis zu vierfach höhere Erschütterungen in unseren Gebäuden im Vergleich zum zehn Jahre alten Cityrunner (Bombardier) gemessen. Wir AnrainerInnen müssten zukünftig im 4-Minuten-Takt diese Erschütterungen und den Lärm erleiden, was im Sinne der „sanften Mobilität“ gänzlich untragbar ist.

Da unsere Bitten und Beschwerden bei der Holding Graz GmbH hinsichtlich des unzumutbaren Lärms, Rumpelns, Quietschens und insbesondere der bauschädigenden Erschütterungen, verursacht durch die Variobahnen, bislang keine qualitativen Verbesserungen ergeben haben, stellen sich uns nach wie vor folgende Fragen, welche wir auch mehrfach an die Holding Graz GmbH gerichtet haben, die aber bislang unzureichend beantwortet wurden.

Bitte unterstützen Sie uns steuerzahlende Grazer BürgerInnen, welche die unabsehbaren finanziellen Lasten tragen werden müssen und befragen Sie bitte in der nächsten Gemeinderatssitzung die Verantwortlichen hinsichtlich folgender Themenkreise:

1. Sind die Gesamtlebenszykluskosten der Variobahn bekannt? Hat der Rechnungshof die auf die Stadt Graz zukommenden Gesamtkosten geprüft?

Die seitens der Holding Graz GmbH durchgeführten Analysen der Lebenszykluskosten beruhen ganz offensichtlich auf Schätzungen, ohne die entscheidende Berücksichtigung der abhängig von den bestellten Straßenbahntypen und ihrem Gewicht anfallenden Gesamtkosten für die Stadt Graz (insbesondere interessieren die zu erwartenden Kosten für die Ertüchtigung der Schienen und des Unterbaus).

2. Stimmt es, dass die zu erwartenden Sanierungskosten für die überlasteten Gleise in Graz in den nächsten Jahren etwa gleich hoch sein werden wie die Anschaffungskosten der Variobahnen?

3. Wer verantwortet es, dass die neuen Straßenbahnen **technisch** offensichtlich nicht fachkundig und auch nicht normengerecht d.h. gesetzeskonform ausgeschrieben,

bestellt und auch bewertet wurden?

Anscheinend wurde das Zusammenspiel von Schiene und den im Vergleich zum

Bestand viel schwereren Stadler Straßenbahnen nicht berücksichtigt und die daraus folgenden Konsequenzen sowie die technischen Faktoren, die diesem Umstand Rechnung getragen hätten, missachtet.

4. Wer verantwortet es, dass die neuen Straßenbahnen **ökonomisch** offensichtlich nicht fachkundig und auch nicht normengerecht d.h. gesetzeskonform ausgeschrieben und bestellt wurden?

Anscheinend wurden die notwendigen Zusatzkosten, resultierend aus dem Zusammenspiel von Schiene und den im Vergleich zum Bestand viel schwereren Stadler Straßenbahnen sowie die daraus folgenden Konsequenzen missachtet.

5. Wer verantwortet es **politisch**, dass die neuen Straßenbahnen offensichtlich nicht fachkundig und auch nicht normengerecht d.h. gesetzeskonform ausgeschrieben und bestellt wurden? (Z.B. durch Berücksichtigung der Gesamt-Lebenszyklus-Kosten).

6. Gemäß welchen Kriterien wurde die Abnahme der Stadler Straßenbahnen durchgeführt? Gibt es eine Checkliste an Hand der sich beweisen lässt, dass die Übereinstimmung der Eigenschaften der gelieferten Straßenbahnen mit den in der Ausschreibung/Bestellung geforderten Kriterien von unabhängiger Seite sachverständig geprüft wurde? Wurden alle bestellten Positionen vollständig technisch und ökonomisch geprüft?

7. Ist der Lieferant der neuen Straßenbahnen seiner gesetzlichen Verpflichtung von Warnhinweisen in Schriftform nachgekommen, dass diese schwere Straßenbahn für die bekannten Schienenverhältnisse in Graz nicht geeignet ist und dass in Folge dieses Sachverhalts wesentliche Kosten der Adaptierung der gesamten Schienenanlagen erforderlich sein werden?

8. Wurde bei der Bestellung die EU-Umgebungslärm-Richtlinie 2002/49/EG berücksichtigt und preisgewürdigt? *Gemeint sind z.B. zu erwartende Folgekosten und Entschädigungskosten erschütterungsgeplagter AnrainerInnen, erhöhte Kosten für neu zu errichtende Gebäude aufgrund erhöhter Lärm- und Erschütterungsschutzmaßnahmen.*

9. Wer verantwortet die durch das Gewicht und den nicht geeigneten Unterbau verursachten Bauschäden bzw. Mehrkosten für Fundamente und die daraus für die AnrainerInnen anfallenden Kosten zur Behebung der zu erwartenden (teils schon eingetretenen) Schäden?

10. Wer verantwortet es, dass der Stand der Technik von der Variobahn hinsichtlich Schall und Erschütterung nicht eingehalten wird (und auch nie eingehalten können werden wird). Wurden evt. anfallende Sanierungskosten für die, der wie eine diesbezügliche kurze Recherche im Internet gezeigt hätte, viel zu lauten und erschütterungsintensiven Straßenbahnen in der Punktebewertung berücksichtigt?

11. Wurde das System Straßenbahn/Schiene vor dem Kauf bei Schall- und Erschütterungsmessungen auch bei Worst-Case-Bedingungen geprüft (Regen, Sand,

Bremssand, Beschleunigung, Bremsen, gefrorener Boden)?

Es fällt auch dem/der ungeschulten BeobachterIn auf, dass die neuen Straßenbahnen

in den Kurven schwanken, ein Umstand der belästigend/beängstigend ist.

Es fällt dem/der BeobachterIn auf, dass die neuen Stadler Straßenbahnen (offensichtlich aufgrund ihres zu hohen Gewichts für die bestehenden Schienen) vermehrt Schäden an den Schienen verursachen, z.B. 2 dokumentierte Gleisbrüche und häufige Schäden an den Schienen innerhalb kurzer Zeit im Raum Theodor-Körner-Straße.

Es fällt weiters auf, dass die neuen Stadler Straßenbahnen weit über das bisher gewohnte Maß hinaus Rüttel- und Stampfgeräusche, abhängig von der Geschwindigkeit, der Personenlast usw., verursachen und somit die Lärm- und Erschütterungsbelastung bereits sach- und gesundheitsschädliche Ausmaße annehmen und mit dem vermehrten Einsatz der Variobahnen unerträglich und nicht mehr verantwortbar sein werden.

12. Welche Kosten entstehen der Gemeinde Graz durch die gesundheitlichen Schäden der AnrainerInnen, verursacht durch Lärm, Erschütterungen und vermehrten Feinstaub (Bremsvorgang) und seiner Zusammensetzung?

13. Was geschieht, wenn sich bis zum Ende des Sommers (wie die Holding Graz GmbH kolportiert hat, sollen die Verbesserungsmaßnahmen bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein), wie aus den bisherigen Maßnahmen abzuleiten ist, keine wesentliche Besserung eingestellt hat? Die bisherigen und auch die geplanten Maßnahmen stellen sich als reine Kosmetik und ungeeignete Maßnahmen dar.

14. Wenn Stadler die Straßenbahnen nicht in angemessener Zeit vertragsgemäß in Betrieb nehmen kann, sind dann Pönalezahlungen an die Gemeinde Graz fällig?

15. Sind Zahlungen an geschädigte AnrainerInnen vorgesehen?

16. Was kostet die Rückabwicklung dieses Kaufs, da eine Beherrschung der Lärm- und Schallemissionen (Körperschall/Erschütterungen) aus Sicht von Experten in der Praxis auf eine Neukonzeption hinauslaufen würde und eine Sanierung der Schall- und Erschütterungsproblematik auch von Experten für nahezu unlösbar gehalten wird?

17. Wer verantwortet die den SteuerzahlerInnen entstehenden Mehrkosten? Wer deckt diesen Schaden ab?

Wir ersuchen Sie, diese Fragen in der Gemeinderatssitzung den Verantwortlichen zu stellen und den Stadtrechnungshof zu beauftragen, diesen Straßenbahn-Kauf im Detail zu prüfen und zur vollständigen Klärung einen Untersuchungsausschuss zu beantragen.

Mit freundlichen Grüßen im Namen von vielen weiteren Betroffenen

Elisabeth Schmutzer, DI Dr. Ernst Schmutzer
Doris Perchthaler, DI Dr. Heinz Perchthaler
DI Gisela Fruhwirth-Geymayer, DI Dr. Bernd Fruhwirth
Mag. Birgit Zelinka, DI Eduard Höck
Dr. Angelika Steinort, Andreas Kaltenegger
Mag. Johanna Krenn, DI Josef Riener
Gabriele Pammer, Dieter Obenaus
Mag. Doris Malli
Dr. Felizitas Hribar, DI Gernot Hribar
Mag. Jutta Petz, Mag. Markus Petz

Anhang

Schreiben an den Stadtrechnungshof
Flugblatt

eingbracht am: 17.03.2011



ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Abg. Gerald Grosz und Georg Schröck
an den Bürgermeister der Stadt Graz

**betreffend die übereinstimmend gesehene Themen zwischen „Siegi“ und dem Herrn
Arbeiterkammerrat, Bezirksbauernkammerrat, KAGES-Mitarbeiter, Ex FPÖ-Gemeinderat,
Ex BZÖ-Gemeinderat, wilden Gemeinderat Mag. Gerhard Mariacher**

In der Vorweihnachtszeit gab es zwischen ihnen und Mag. Mariacher ein vertrauliches Gespräch. Dabei ging es neben dem Austausch allfälliger Freundlichkeitsfloskeln wohl auch um Zugeständnisse Ihrerseits in Ihrer Funktion als Bürgermeister an besagten Gemeinderat, wofür dieser sein Stimmverhalten auf eine Weise anpassen würde, welches ihren Agenden zuträglich sein würde.

Dies geht aus einem Brief hervor, den ihnen Mag. Mariacher in besagtem Zeitraum zukommen ließ. Brief in Kopie anbei.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte daher an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

ANFRAGE

1. Hat ihrer Meinung nach das Gespräch zwischen ihnen und Mag. Mariacher so stattgefunden, wie es Genannter in dessen Schreiben ausgeführt hat?
2. Welche Themen wurden zwischen ihnen und Mag. Mariacher „übereinstimmend“ gesehen?
3. Welche Angebote bezüglich seines Stimmverhaltens im Gemeinderat hat ihnen Mag. Mariacher gemacht?
4. Entspricht diese schriftlich dokumentierte Vorgangsweise aus ihrer Sicht dem Tatbestand des Stimmenkaufs bzw. -verkaufs?
Wenn ja, haben sie entsprechende strafrechtliche Schritte eingeleitet?
Wenn nein, warum nicht?



Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Siegf!

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Dir für unser heutiges Gespräch, das ungeachtet der hektischen Zeit vor Weihnachten und vor dem Budget-Gemeinderat bei Dir in sehr angenehmer Atmosphäre stattfand!

Als unabhängiger Gemeinderat sehe ich in Anspielung an die überlieferte lutherische Tradition den Fleiß und das Haushalten als zentrale Grundtugenden an, die uns meines Erachtens zur noch festeren Spardisziplin, zum Entschlacken der Verwaltung und zur Unterstützung unserer Familien auffordern und ermuntern. Und „mehr Familien & Kinder“, „mehr möglichst hochwertige Anstellungen“ und „weniger Abgabensatz“ und „maximale Transparenz & Fairness“ sind die auch leicht messbaren Zielsetzungen dazu.

Auf Basis dessen sehe ich insbesondere und exemplarisch bei den Themen „Informations- und Anhörungsrecht für anrainende Mieter bei Bauverfahren“, der „Förderung & Umsetzung regenerativer Energieprojekte insbesondere unter Einsatz von Wasserkraft und Biomasse“ – auch um E-Mobility überhaupt erst möglich zu machen, der „Verbesserung der Verkehrs- (Verkehr flüssiger machen, Rücknahme des Parkplatzklaus, etc.)“ und der „Gesundheitspolitik (Kampf gegen Drogen, Bekämpfung der Fettsucht bei Kindern, der Förderung des Lesens) und in neuen dezentralen Einheiten für „betreutes Wohnen“ unter Einsatz von „evidence based living“ & „ambient assisted living“, ganz wichtige Themenfelder für meine weitere Tätigkeit als Politiker und Bürgervertreter im Grazer Gemeinderat.

Um auf diesem Wege arbeiten zu können, ersuche ich Dich, sehr geehrter Bürgermeister, um wohlwollende Unterstützung bei der Zurverfügungstellung der gebotenen grundlegenden Ressourcen

1. Zurverfügungstellung eines mir zugeordneten Büroraumes im Rathaus oder ggf. im Amtshaus samt Büroeinrichtung (Schreibtisch, Schrank, kleiner Besprechungstisch, Bestuhlung) sowie PC und Telefon (keine Personalerfordernis);
2. Gewährung des für mein Mandat entfallenden Betrages aus der jährlichen Parteienfinanzierung der Stadt Graz; dieser Betrag wird natürlich zur Gänze und somit bis zum letzten Cent für meine politische Arbeit eingesetzt – jedenfalls ersuche ich bitte um Übermittlung der zugehörigen und aktuell gültigen Voraussetzungen samt Bedingungen der Verwendung
3. Gleichberechtigte Aufnahme und Teilnahme in der Klubobleutekonferenz;
4. Gesicherte Übermittlung der Einladungen samt Tagesordnung zu den Sitzungen des Finanzausschusses und des Kontrollausschusses, eine Teilnahme mit Sitz und Stimme ist natürlich anzustreben, aber in einer ganzheitlichen Sicht zu den obigen Punkten priorisiert.

Ich danke Dir nochmals für das heutige überaus freundliche und konstruktive Gespräch und bitte Dich um baldige Mitteilung betreff der Zuteilung der Ressourcen.

Betreffend des Murkraftwerkes und der weiteren übereinstimmend gesehenen Themen werde ich mir erlauben das der Vertiefung und Konkretisierung wegen mit Deinem Klubobmann Dr. Piffi-Perovic zu erörtern.

Mit besten Grüßen
Gerhard

eingbracht am: 17.03.2011



ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Abg. Gerald Grosz und Georg Schröck
an den Bürgermeister der Stadt Graz
betreffend die Einrichtung der grünen Zone rund um den Bahnhofsgürtel

Das Gebiet rund um den Bahnhofsgürtel wurde zur grünen Zone erklärt. Das ist für sich genommen kein Problem für die dortigen Anrainer. Allerdings ist ein Teilbereich, nämlich jener zwischen Bahnhofsgürtel 55 bis 59, nicht als grüne Zone ausgewiesen. Es handelt sich hierbei um 15 Stellplätze, welche aufgrund der fehlenden Markierungen und Kontrollen überwiegend von Pendlern benutzt werden. Da es die dort lebenden Menschen in Ermangelung an genügend Parkplätzen ohnehin schon schwer haben, ist deren Ärger durchaus nachvollziehbar. Trotz mehrmaliger Urgezen der Anrainer bei der Parkraumbeschaffung konnte dieser Missstand noch nicht behoben werden.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte daher an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

ANFRAGE

- 1.) Entspricht es den Tatsachen, dass der Bereich zwischen Bahnhofsgürtel 55 bis 59 von der grünen Zone ausgenommen wurde? Wenn ja, warum? Wenn nein, wieso wurde der Bereich nicht entsprechend markiert?
- 2.) Was gedenken sie zu tun, um die Situation zu entschärfen?



www.bzoe-graz.at

eingbracht am: 17.03.2011



ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Abg. Gerald Grosz und Georg Schröck
an den Bürgermeister der Stadt Graz

betreffend die Beantwortung von berechtigten Bürgeranfragen zur Variobahn

Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz haben am 13.03.2011 an die politisch Verantwortlichen mehrere Fragen bezüglich der Inbetriebnahme der Variobahn gestellt. Da davon auszugehen ist, dass wie in vielen anderen Fällen diese Bürger keine Antwort erhalten, versuchen wir mittels dieser Anfrage, den Betroffenen zu Antworten zu verhelfen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte daher an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

ANFRAGE

1. Sind die Gesamtlebenszykluskosten der Variobahn bekannt? Hat der Rechnungshof die auf die Stadt Graz zukommenden Gesamtkosten geprüft? Die seitens der Holding Graz GmbH durchgeführten Analysen der Lebenszykluskosten beruhen ganz offensichtlich auf Schätzungen, ohne die entscheidende Berücksichtigung der abhängig von den bestellten Straßenbahntypen und ihrem Gewicht anfallenden Gesamtkosten für die Stadt Graz (insbesondere interessieren die zu erwartenden Kosten für die Ertüchtigung der Schienen und des Unterbaus).
2. Stimmt es, dass die zu erwartenden Sanierungskosten für die überlasteten Gleise in Graz in den nächsten Jahren etwa gleich hoch sein werden wie die Anschaffungskosten der Variobahnen?
3. Wer verantwortet es, dass die neuen Straßenbahnen technisch offensichtlich nicht fachkundig und auch nicht normengerecht d.h. gesetzeskonform ausgeschrieben, bestellt und auch bewertet wurden? Anscheinend wurden das Zusammenspiel von Schiene und den im Vergleich zum Bestand viel schwereren Stadler Straßenbahnen nicht berücksichtigt und die daraus folgenden Konsequenzen sowie die technischen Faktoren, die diesem Umstand Rechnung getragen hätten, missachtet.
4. Wer verantwortet es, dass die neuen Straßenbahnen ökonomisch offensichtlich nicht fachkundig und auch nicht normengerecht d.h. gesetzeskonform ausgeschrieben und bestellt wurden? Anscheinend wurden die notwendigen Zusatzkosten, resultierend aus

dem Zusammenspiel von Schiene und den im Vergleich zum Bestand viel schwereren Stadler Straßenbahnen sowie die daraus folgenden Konsequenzen missachtet.

5. Wer verantwortet es politisch, dass die neuen Straßenbahnen offensichtlich nicht fachkundig und auch nicht normengerecht d.h. gesetzeskonform ausgeschrieben und bestellt wurden? (Z.B. durch Berücksichtigung der Gesamt-Lebenszyklus-Kosten).
6. Gemäß welchen Kriterien wurde die Abnahme der Stadler Straßenbahnen durchgeführt? Gibt es eine Checkliste an Hand der sich beweisen lässt, dass die Übereinstimmung der Eigenschaften der gelieferten Straßenbahnen mit den in der Ausschreibung/Bestellung geforderten Kriterien von unabhängiger Seite sachverständig geprüft wurde? Wurden alle bestellten Positionen vollständig technisch und ökonomisch geprüft?
7. Ist der Lieferant der neuen Straßenbahnen seiner gesetzlichen Verpflichtung von Warnhinweisen in Schriftform nachgekommen, dass diese schwere Straßenbahn für die bekannten Schienenverhältnisse in Graz nicht geeignet ist und dass in Folge dieses Sachverhalts wesentliche Kosten der Adaptierung der gesamten Schienenanlagen erforderlich sein werden?
8. Wurde bei der Bestellung die EU-Umgebungslärm-Richtlinie 2002/49/EG berücksichtigt und preisgewürdigt? Gemeint sind z.B. zu erwartende Folgekosten und Entschädigungskosten erschütterungsgeplagter AnrainerInnen, erhöhte Kosten für neu zu errichtende Gebäude aufgrund erhöhter Lärm- und Erschütterungsschutzmaßnahmen.
9. Wer verantwortet die durch das Gewicht und den nicht geeigneten Unterbau verursachten Bauschäden bzw. Mehrkosten für Fundamente und die daraus für die AnrainerInnen anfallenden Kosten zur Behebung der zu erwartenden (teils schon eingetretenen) Schäden?
10. Wer verantwortet es, dass der Stand der Technik der Variobahn hinsichtlich Schall und Erschütterung nicht eingehalten wird (und auch nie eingehalten können werden wird). Wurden evt. anfallende Sanierungskosten für die, der wie eine diesbezügliche kurze Recherche im Internet gezeigt hätte, viel zu lauten und erschütterungsintensiven Straßenbahnen in der Punktebewertung berücksichtigt?
11. Wurde das System Straßenbahn/Schiene vor dem Kauf bei Schall- und Erschütterungsmessungen auch bei Worst-Case-Bedingungen geprüft (Regen, Sand, Brems sand, Beschleunigung, Bremsen, gefrorener Boden)? Es fällt auch dem/der ungeschulten BeobachterIn auf, dass die neuen Straßenbahnen in den Kurven schwanken, ein Umstand der belästigend/beängstigend ist. Es fällt dem/der BeobachterIn auf, dass die neuen Stadler Straßenbahnen (offensichtlich aufgrund ihres zu hohen Gewichts für die bestehenden Schienen) vermehrt Schäden an den Schienen verursachen, z.B. 2 dokumentierte Gleisbrüche und häufige Schäden an den Schienen innerhalb kurzer Zeit im Raum Theodor- Körner-Straße. Es fällt weiters auf, dass die neuen Stadler Straßenbahnen weit über das bisher gewohnte Maß hinaus Rüttel- und Stampfgeräusche, abhängig von der Geschwindigkeit, der Personenlast usw., verursachen und somit die Lärm- und Erschütterungsbelastung bereits sach- und gesundheitsschädliche Ausmaße annehmen und mit dem vermehrten Einsatz der Variobahnen unerträglich und nicht mehr verantwortbar sein werden.
12. Welche Kosten entstehen der Gemeinde Graz durch die gesundheitlichen Schäden der AnrainerInnen, verursacht durch Lärm, Erschütterungen und vermehrten Feinstaub (Bremsvorgang) und seiner Zusammensetzung?

13. Was geschieht, wenn sich bis zum Ende des Sommers (wie die Holding Graz GmbH kolportiert hat, sollen die Verbesserungsmaßnahmen bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein), wie aus den bisherigen Maßnahmen abzuleiten ist, keine wesentliche Besserung eingestellt hat? Die bisherigen und auch die geplanten Maßnahmen stellen sich als reine Kosmetik und ungeeignete Maßnahmen dar.
14. Wenn Stadler die Straßenbahnen nicht in angemessener Zeit vertragsgemäß in Betrieb nehmen kann, sind dann Pönalezahlungen an die Gemeinde Graz fällig?
15. Sind Zahlungen an geschädigte AnrainerInnen vorgesehen?
16. Was kostet die Rückabwicklung dieses Kaufs, da eine Beherrschung der Lärm- und Schallemissionen (Körperschall/Erschütterungen) aus Sicht von Experten in der Praxis auf eine Neukonzeption hinauslaufen würde und eine Sanierung der Schall- und Erschütterungsproblematik auch von Experten für nahezu unlösbar gehalten wird?
17. Wer verantwortet die den SteuerzahlerInnen entstehenden Mehrkosten? Wer deckt diesen Schaden ab?

**GENUG
GEZAHLT!**

www.bzoe-graz.at

Bürgermeisteranfrage:

Eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 17. März 2011

Gemeinderat Mag. Gerhard Mariacher stellt an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl zu folgenden Betreff die in Anschluss formulierte Frage:

Betreff: „Plan der Energie Steiermark AG zum Einsatz von ‘smard grids’ als intelligente Stromzähler: Bedenken wegen unnötiger Kosten, alleiniger Technikverliebtheit, sowie mögliche Gefahren durch Übervorteilung und Mängel bei Datenschutz und Datensicherheit beunruhigen Grazer Stromkunden“

Herr Bürgermeister, Sie sind in Personalunion Vorsitzender des Aufsichtsrates der Holding Graz GmbH. Die Holding Graz GmbH ist mit 49% an der Energie Graz GmbH & Co KG beteiligt, die als Lieferant und Netzbetreiber für Strom für alle Grazerinnen und Grazer tätig ist.

An der Energie Graz GmbH & Co KG ist auch die Energie Steiermark AG beteiligt. Lt. Bericht des ORF-Steiermark vom 12.3.2011 <http://steiermark.orf.at/stories/503795/> wirbt die Energie Steiermark für den „Einbau intelligenter Stromzähler“, sogenannter „smard grids“.

Beim Einbau dieser „intelligenten Stromzähler“ wird der Kunde allein beim Einbau zugestanden mit voraussichtlich zusätzlichen 300 bis 350 € belastet. Diese Zusatzkosten erscheinen bei einer angenommenen optimistischen Geräte-Lebensdauer der „smard grids“ von rd. 10 Jahren im Regelfall nicht eingespart werden zu können, geschweige denn für den Kunden ein Gewinn erzielbar zu sein.

Außerdem bescheren die neuen, digitalen Stromzähler erhebliche Probleme bei Datenschutz und Datensicherheit. Hierauf weist insbesondere der Artikel „Attacke im Sicherungskasten“ vom 16.9.2010, veröffentlicht in der renommierten deutschen Wochenzeitung „Die Zeit“, hin. <http://www.zeit.de/2010/38/Smart-Grid-Hacker>

Meine Frage an Sie lautet:

1. **Wie ist dieser kostentreibende Plan der Energie Steiermark, nämlich Stromkunden „intelligente Stromzähler“ zu verordnen, aus der Sicht der Grazerinnen und Grazer als zahlenmäßig größte Gruppe der steirischen Stromkunden zu rechtfertigen und wie können die Stromkunden vor der Gefahr einer wirtschaftlichen Übervorteilung befriedigend geschützt werden?**
2. **Welche konkrete Evidenz basierte Untersuchungen gibt es, konkret solche, die mit der realen Situation der Stadt Graz korrelieren, um die getätigten Annahmen bzw. Behauptungen der Energie Steiermark zu verifizieren oder zu falsifizieren?**
3. **Welche konkreten Vorkehrungen werden getroffen, um Datenschutz und Datensicherheit bei Einführung „intelligenter Stromzähler“ („smard grids“) zu gewährleisten? Und in welcher Form soll für heute noch nicht berücksichtigte Gefahren der Manipulation von persönlichen Daten – wie z.B. Abwesenheiten detektieren & abfragen - Vorkehrung getroffen werden?**

4. Welche Aktivitäten, um den Stromverbrauch zu beeinflussen sind angedacht? Warum sind angeblich Eingriffe verbraucherseitig vonnöten und wie sollen diese ggf. für den Kunden befriedigend gestaltet werden?
5. Wie sollen diese Eingriffe in die urpersönliche Sphäre privater Wohnungen gerechtfertigt werden, und wie sollen die Grazer Kunden gegen Manipulation geschützt werden, damit nicht z.B. Unbefugte ein Wohnhaus von außen „abschalten“ können?

Gm

17.3.2011

Mariacher

Bürgermeisterauftrag

Einigebrucht von GR Mag. Gerhard Maniecher
am 17.3.2011

Die Gesundheitslandesrätin Mag.a Edliger-Ploder
plant das LKH Hötting-Emdenbach mit seinen
beiden Standorten komplett zu schließen.

Diese moderne Krankenanstalten mit einer
hoch spezialisierten Abteilung für Innere
Medizin (zur Behandlung von Diabetes,
mit Fachschwerpunkten insb. zu Hepatologie
sowie Tropenmedizin) beinhaltet auch eine
eigene Einheit zur Rehabilitation

Das Haus in Emdenbach hat den Schwerpunkt
Pulmologie mit dessen onkologischer
Ausrichtung sowie ein Schlafkabinen.

Nachdem ein hoher Patientanteil dieses
Hauses aus dem Großraum Graz kommt
und dieses Haus über eine modernste Pulmologie
verfügt, die besonders auch im Feinstaub
geplagten Graz von großer Bedeutung ist

%

Wichtigkeit ist, fragen Sie als Bürgermeister:

Was werden Sie unternehmen, um die
Gesundheitslandschaft ^{von der Bedeutung}
dieser Anstalt ^(= Hörpas Einbaul) für die ganze Bevölkerung
zu überzeugen und für dessen Erhalt ^{Wetters}
einzutreten? ^{trah}

Maiale